

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Auer, Postfach 100, Auer, Erzgebirge. Druck: Auer, Erzgebirge.

Samstag: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4,00 M. Bei der Geschäftsstelle abgebittet monatlich 3,40 M. Bei der Post bezahlt und nicht abgebittet monatlich 12,00 M., monatlich 4,00 M. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 12,00 M., monatlich 4,00 M. Erhalten täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. In den übrigen Stunden gegen Bezahlung. Anzeigen: Die Abgabepreise sind in der Rubrik 'Anzeigen' angegeben. Die Abgabepreise sind in der Rubrik 'Anzeigen' angegeben.

Anzeigenpreise: Die Abgabepreise sind in der Rubrik 'Anzeigen' angegeben. Die Abgabepreise sind in der Rubrik 'Anzeigen' angegeben.

Nr. 144

Freitag, den 25. Juni 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die erste Sitzung des am 6. Juni gewählten Reichstags hat gestern stattgefunden, allerdings noch in Abwesenheit der neuen Regierung, deren Bildung auf der Grundlage der bürgerlichen Mitte dem Reichskanzler Fehrenbach inzwischengeschritten gelungen sein soll.

Die dänische Regierung hat aus Paris die Mitteilung erhalten, daß am Sonnabend zwischen der Entente und Dänemark ein Vertrag unterzeichnet wird, wodurch die erste Zone endgültig an Dänemark übergeben wird.

Die Schätzungen der vorläufig geheimgehaltenen Summe, welche die Alliierten als Entschädigung festgelegt haben, schwanken zwischen 90 bis 120 Milliarden Goldmark, zahlbar in 37 Jahresraten.

Die polnische Regierung hat sich zur Verbesserung der Stimmerechtigten durch den polnischen Korridor verpflichtet.

Die Alliierten haben, wie verlautet, auf der Konferenz zu Boulogne den Beschluß gefaßt, die Sowjetrepublik unter keinen Umständen anzuerkennen.

Endlich erreicht!

Das neue Kabinett Fehrenbach.

Das Ungewöhnliche ist endlich Ereignis geworden. Der Optimismus des neuen Reichskanzlers Fehrenbach, der sich in den letzten kritischen Stunden nicht nach dem, was die Lage mit einem freundlichen Hoffnungsüberzug überzog, hat recht behalten, und das Kabinett ist für und fertig da, bereit, sich dem Reichstag zur Entgegennahme des verfassungsmäßigen Vertrauensvotums vorzustellen. Man wird nun an der Zusammensetzung der Regierung nicht allzu scharf herumtreiben dürfen, sondern zunächst sich an der Tatsache genügen lassen müssen, daß überhaupt etwas erreicht worden ist. Nach dem im Laufe des gestrigen Vormittags erzielten Vereinbarungen wird sich das neue Kabinett folgendermaßen zusammensetzen:

- Reichskanzler Fehrenbach (Zentr.);
- Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsjustizministers: Dr. Heinze (D. Sp.);
- Reichsminister des Innern: Dr. Koch (D. Dem. P.);
- Reichsminister des Auswärtigen: Simons (D. Sp.);
- Reichsfinanzminister: Dr. Wirth (Zentr.);
- Reichsbeschaffungsminister: v. Kaumer (D. Sp.);
- Reichswehrminister: Dr. Geßler (D. Dem. P.);
- Reichsverkehrsminister: Groener;
- Reichswirtschaftsminister: Dr. Scholz (D. Sp.);
- Wiederaufbauminister: Wird voraussichtlich nicht befestigt.
- Reichspostminister: Giesberts (Zentr.);
- Reichsarbeitsminister: Noch unbestimmt.

Angesichts der nun vollendeten Tatsache des neuen Ministeriums möchten wir die Ursache der letzten Krise noch einmal kurz rekapitulieren: Am Dienstag abend schien es bis in die neunte Abendstunde, als ob die Verhandlungen des Reichskanzlers Fehrenbach ein Kabinett zustande zu bringen, von Erfolg gekrönt würden. Da traten plötzlich zwei Ereignisse ein, die alle anstehenden Berechnungen über den Haufen warfen, und die die Krise in neuer verschärfter Form austauschen ließen. Die Mehrheitssozialdemokraten hatten vorher Erklärungen abgegeben, daß sie der neuen Regierung das Vertrauen nicht votieren würden, trotzdem sich in den Vorbereitungen der früheren Reichskanzler Müller und der Fraktionsvorstand Löbe stark gemacht hatten, ein solches Votum zu erwirken. In den Kreisen der Mehrheitssozialdemokratie drang jedoch die Ansicht durch, daß man in diesem Falle auch keine Bedenken hätte tragen sollen, in das Kabinett einzutreten, und daß es nicht anständig sei, einer Regierung das Vertrauen zu votieren, deren Programm man noch nicht kenne, und der vor allem die Deutsche Volkspartei angehöre. Durch diesen Beschluß wurde die Stellung der Demokraten plötzlich so verändert, daß eine ganz neue Lage geschaffen wurde, denn die Demokraten hatten ein Vertrauensvotum der Sozialdemokraten zur Vorbedingung für ihren Eintritt in die Regierung gemacht. Noch mehr erreichte es Verwunderung, daß die Deutsche Volkspartei plötzlich mit neuen Vorschlägen über die Besetzung der Ministerien herauskam, insbesondere drang sie auf die Entfernung des Ministers Wirth. So war am Abend des Dienstag die Lage völlig unübersichtlich, und Fehrenbach hatte am Morgen des Mittwoch die Aufgabe, an der Entwirrung dieser Fäden von neuem zu arbeiten. Das ist ihm nun auch gelungen, nachdem er den ganzen Mittwoch mit Verhandlungen verbracht hat. Auf welcher Grundlage die Einigung zustande gekommen ist, darüber liegen bis zur Stunde Meldungen aus Berlin noch nicht vor, ebenso ist es nicht ausgeschlossen, daß in der oben wiedergegebenen Ministerliste noch Veränderungen eintreten können. Nurmehr aber hat der Reichstag das Wort. Wenn er die Lage richtig erfäßt, wird er der Regierung sein Vertrauen in dem Sinne

ausprechen müssen, daß er von ihr eine Politik der Wiederherstellung der Autorität, des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaus im Anschluß an eine Revision des Versailler Friedens, sowie der sozialen Verbilligung auf der Grundlage der republikanischen Staatsverfassung erwartet. Zugleich wird er für seinen Teil das Versprechen geben müssen, an einer solchen Politik in loyaler Weise unter Zurückstellung des Parteipolitismus mitzuarbeiten.

Eröffnung des republikanischen Reichstags.

Die erste Sitzung.

Der neu gewählte Reichstag hielt gestern seine erste Sitzung ab. Das Haus war noch vor Sitzungsbeginn vollbesetzt. Am Tische des Reichsministeriums saßen außer dem Reichskanzler Koch nur wenige Herren; dagegen waren auf der anderen Seite die Mitglieder des Reichsrats zahlreich erschienen. Die Tribünen waren dicht gefüllt. In der Diplomatenloge waren zahlreiche Vertreter fremder Staaten anwesend. Um 3/4 Uhr eröffnete als Alterspräsident Abg. Niele (Soz., Braunschweig, geboren 1843) die Sitzung und erklärte den ersten deutschen republikanischen Reichstag für eröffnet. Als vorläufige Geschäftsordnung wurde die der Nationalversammlung angenommen. Als Schriftführer ernannte der Alterspräsident die Abg. Frau, Behm-Schug (Soz.), Frau Hanes (Unabh.), Dr. Baasche (Zentr.) und Malfewig (Rechnat.). Dann wurde der Namensaufruf der Abgeordneten vorgenommen, in dessen Verlauf sich ergab, daß die meisten Minister im Plenum Platz genommen hatten, z. B. Wirth, Giesberts, David, Blund und Bauer. Es fehlten u. a. noch die Abgeordneten Dr. Heim, Dr. Hugenberg und Erzberger. Beim Aufruf des unabhängigen Abgeordneten Wittwoch, der vorgestern vom Reichsgericht wegen Landesverrats zu 2 Jahren Festung verurteilt worden war, rief Abg. Ledebour (Unabh.): Er ist unter Rechtsbruch verurteilt worden und kann deshalb nicht hier sein! (Anrufe.) Beim Aufruf des Abg. Stinnes (Dsch. Sp.) rief Abg. Adolf Hoffmann (Unabh.): Wenn das Geld im Kasten klingelt! (Heiterkeit bei den Unabhängigen.) Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 432 Abgeordneten. Es fehlten also nur 34. Der Alterspräsident stellte fest, daß der Reichstag beschlußfähig ist, und beräumte die nächste Sitzung auf den heutigen Freitag 3 Uhr am mit der Tagesordnung: Wahl des Präsidiums, der Vizepräsidenten und der Schriftführer. — Schluß 4 Uhr.

Die Arbeitsdispositionen des Reichstags

sind vom Vorkomitee wie folgt festgesetzt worden: Am heutigen Freitag erfolgt die Wahl des Präsidiums! Am Montag oder Dienstag wird sich das neue Kabinett vorstellen und der neue Reichskanzler sein Programm entwickeln, am kommenden Mittwoch (30.) werden die Parteien Erklärungen zur Programmrede des Kanzlers abgeben. Am 1. und 2. Juli werden Politat und einige kleine Vorlagen beraten. Voraussichtlich wird der Reichstag sich bereits am 2. Juli vertagen und erst nach der Konferenz von Spa wieder zusammentreten.

Zur Frage der Reichstagspräsidentenwahl wird gemeldet: Die Geschäftsstelle des Reichstagspräsidenten hat der bisherige Präsident Fehrenbach an den ersten Vizepräsidenten Löbe abgetreten, der auch die Sitzungen bis zur Dazuwahl des Präsidiums leiten wird. Zum neuen Präsidenten wird Löbe von den Mehrheitssozialisten präsentiert und gewählt werden, außerdem sollen noch vier Vizepräsidenten gewählt werden, und zwar Mitglieder der Unabhängigen, des Centrums der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei. Diese Parteien haben noch keine Kandidaten festgelegt.

Die Bildung der Reichstagsfraktionen.

Die deutsche nationale Reichstagsfraktion wählte gestern ihren Vorstand. Vorsitzender ist Staatsminister Herat. Die Abgeordneten Schütz, Bromberg, Düringer und Behrens wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. — Die Demokraten wählten Schiffer zum 1. Vorsitzenden, Peterken und Erkelens zu stellvertretenden Vorsitzenden. — Die Reichstagsfraktion der bairischen Volkspartei wählte zum 1. Vorsitzenden Veicht.

Die ersten Anträge.

Dem Reichstage soll alsbald nach seinem Zusammentritt der Entwurf eines Gesetzes über den Erlass der durch die Abtretung deutscher Reichsgelände entstandenen Schäden zugehen. — Von deutschnationalen Abgeordneten ist folgende Anfrage an die Regierung gerichtet worden: Erneut hätten sich die Nachrichten über die Verhältnisse der Besatzungstruppen. Was ist die Reichsregierung gegen die Niederfabelung hilfloser Schüler auf dem Turnplatz des staatlichen Gymnasiums in Gleiwitz? — Anträge der Unabhängigen fordern die Haftentlassung des Abgeordneten Wittwoch, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes überall dort, wo er noch besteht, und betreffen u. a. die Ernennung und die Lohnabzugsfrage. Eine Interpellation wird eingebracht wegen des Kriegsverurteiltes gegen die Marburger Zeitfreiwilligen.

Krisenerscheinungen.

Die Erscheinungen, die den Eintritt einer Krise im Handel und Industrie ankündeten, haben nicht getäuscht: eine größere Anzahl von Industrien hat ihren Betrieb einschränken oder gar einstellen müssen, und täglich laufen weitere Nachrichten ein, die ein gleiches für andere in Aussicht stellen. Die Ursachen sind überall dieselben. Die Preise vieler Waren sind in den letzten Monaten derart in die Höhe gegangen, daß sie für den allergrößten Teil der Bevölkerung, auch wenn sie derselben noch so dringend bedarf, schlechthin unbezahlbar wurden. Bisher haben die durch den Krieg und die Revolution reich gewordenen Elemente flott eingekauft und so zum Steigen der Preise ihrerseits nicht unwesentlich beigetragen; diese Kreise sind nunmehr aber mit allem eingedeckt, zum Teil haben sie legitime Verluste erlitten, die sie nötigen, sich einzuschränken, alle aber müssen mit den bevorstehenden Steuerabgaben rechnen und sich hierauf einrichten. Sogar kommt, daß das Steigen unserer Valuta die ausländischen Käufer vom deutschen Markt vertrieben hat, weil sie dort nicht mehr billig genug einkaufen können; andererseits erleichtert der anfängere Kalutafurs zwar den Produzenten den Einkauf ausländischer Rohstoffe, jedoch kann diese Tatsache deshalb nicht sofort auf dem Markt in Erscheinung treten, weil die vorhandenen Waren noch aus teuer bezahlten Rohstoffen aus früherer Zeit hergestellt sind und der Produzent wie der Händler sich nicht so leicht entschließen können, ohne Gewinn oder sogar mit Verlust zu verkaufen.

Am schwierigsten hat sich die Lage der Schuhindustrie in der Pfalz gestaltet, wo die meisten Fabriken den Betrieb völlig einstellen mußten, weil die Lager ganz gefüllt waren, ohne daß die Händler neue Waren abriefen. Der Grund ist, daß die Bevölkerung die hohen Preise nicht bezahlen kann und auch nicht will, seit sie in den Zeitungen liest, daß die Häute- und Lederpreise so rapid gefallen sind. In dankenswerter Weise haben die Pfälzer Lederindustriellen ihren entlassenen Arbeitern einstweilen hinreichende Unterstärkungen zu zahlen sich bereit gefunden, oder sie in Ferien geschickt; doch noch wichtiger war es, daß die Reichsregierung eintritt und auf Wiederaufnahme der Produktion hinarbeitete. Und diese wird voraussichtlich dadurch ermöglicht werden, daß die großen Schuhwarenlager an Kommunen und Konsumvereine zu schnellem Absatz an die Bevölkerung abgegeben werden, und zwar zu mäßiger Preisen, indem die Reichsregierung einen Teil des Grundpreises übernimmt. Immerhin kann es sich bei einem solchen Vorgehen nur um Einzelfälle handeln; denn andernfalls würde sich das Reich zu den, sowie schon großen Lasten noch weitere aufladen, die schließlich unerschwinglich sein würden.

Im übrigen sind die Erscheinungen, die sich zurzeit bei uns in Deutschland recht scharf für unser ganzes Wirtschaftsleben bemerkbar machen, nicht auf unser Land beschränkt, vielmehr zeigen sie sich fast in der ganzen Welt, von den nordischen Staaten bis nach Japan hin, und selbst in den Vereinigten Staaten sind die Preise der Lebensmittel und der notwendigen Bedarfsmittel so hoch gestiegen, daß die Bevölkerung in einen Abwehrkampf eintritt und auch eine Preisherabsetzung erreicht.

Reigen sich so eine Reihe von Erscheinungen, die geeignet sind, die weitere Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens als abhängig von einwirkenden noch unübersehbaren Faktoren und Einwirkungen hinzustellen, so darf andererseits nicht übersehen werden, daß der frische Wagemut, der den deutschen Kaufmann und Händler stets ausgezeichnet hat, keineswegs erloschen ist. Mit Zähigkeit und Gewandtheit haben die Hamburger Reederei in den Vereinigten Staaten mit dortigen Schiffahrtsgesellschaften Abmachungen getroffen, welche die ganze große Organisation der Hamburger Reedereien in den Dienst der amerikanischen Flotte stellen, damit sie, wenn erst wieder deutsche Dampfer auf hoher See schwimmen, bereit ist, der deutschen Schifffahrt das verlorene Gebiet zurückzugewinnen. Auch sonst ist die deutsche Reederei keineswegs gewillt, untätig im Winkel zu stehen und abzuwarten was geschieht; sie nutzt vielmehr jeden günstigen Wind aus, und es wäre zu wünschen, daß ihre Pläne Erfolg haben. Da auch auf sie das Ausland sein Auge geworfen hat, um sie durch Kapitalbeteiligung unter seine Kontrolle zu bekommen, so haben die Bremer Reedereien die nötigen Maßnahmen getroffen, sich gegen Ueberfremdung ihres Aktienkapitals zu schützen. Wenn unser Wirtschaftsleben sich gedeihlich weiter entwickeln soll, so ist es nötig, daß im Innern Friede und Ruhe herrscht und nicht die sich langsam hebende Leistungskurve stört. Gehen dann in den nächsten Monaten die fälligen beträchtlichen Steuerabgaben ein, so daß die Ausgabe von Baviergeld sich erübrigt, so wird auch das Ausland unsere Lage günstig beurteilen, was in neuen Bestellungen und dem Steigen unserer Valuta seinen Ausdruck finden dürfte.

Kleine politische Meldungen.

Die sozialdemokratischen Beamten bleiben. Der Reichskanzler Fehrenbach hat der mehrheitssozialistischen Fraktion des Reichstages Erklärungen abgegeben, wonach die neue Reichsregierung Amtliche von der alten Regierung in Ministerien und in Verwaltungsbehörden berufenen Sozialdemokraten in ihren Ämtern belassen wird.

Keine deutschen Vertreter nach Spa? Daily Telegraph glaubt zu wissen, daß sich Deutschland auf der Konferenz zu Spa nicht

Die Hin-
Roos wurde,
heutige Zeit,
dessen um-
vorher das
wurde, reiste
17. Juni als
die Exekution
Stadt muß
unter Füh-
nden sich die
angestülte ein.
Parteien war
in der Stein-
ruht stellt mor-
ts dem Hin-
errückte Ge-
hat um sich
Der Mann,
mo er plötz-
schen Anschau-
nd zu legen;
eten Mörder.
ei Leute, die
von beiden
dieses Messer
parten einen
Der Eng-
und dann —
selt ging der
Der Beamte
nicht erst-
rühmliche Le-
solber in den
thaus trans-
ver für Juni
dung bis
e Meldungen
übernehmen.
gel zu 9 Mk.
achtungsvoll
Aue.
ind.
70. -
nd,
L
etten,
inderbetten,
Katal, frel.
Subl. Thür.
halber
chtung,
n,
auf und
genstände
fen.
ult-Str. 8.
auf, zu
wenig gebe,
b, Scheinle,
Bandbüchern,
u. Weidlich.
Aue, Eisen-
Watrage,
u. Zither,
u. verkaufen,
Tageblatt.
agen
en.
er Str. 221.
zug,
ir häufige
zu ver-
aul Knoll,
hinterhaus.
erkaufen
1.1 buntes
bede ge-
nen, Hand-
er Tagebl.
beige
er Tagebl.
entfall
en, auch
u. u. f. d.
rlist. 11.
n, da S. A.
imen mit
will.
aren
ntropfen,
rtikel
Verfand.
ev,
See 87.